

»Nachbarschaftsgespräche: Zusammenleben – aber wie?«

Wenn Bürgerbeteiligung zu den Menschen kommt

Scholastika Sandra Hansen • Hannes Wezel

In Zeiten zunehmender Entfremdung gilt es, die Potentiale der Nachbarschaft neu zu entdecken. Denn dort wohnen Menschen in unmittelbarer Nähe zueinander. Sie haben die Möglichkeit, sich schnell zu treffen und Verbindungen zu schaffen. Nachbarschaft ist daher einerseits als räumlicher Aspekt zu sehen, andererseits bietet sie die Chance, Beziehungen aufzubauen. Sie kann als entscheidender Faktor für Nähe, Beziehung, Empathie, Engagement und Teilhabe dienen – und noch mehr: Nachbarschaft kann die Klammer und der umfassende Ansatz für ein gelingendes Zusammenleben und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sein. Quasi »über den Gartenzaun« können alltägliche aber auch gesellschaftlich relevante Fragen zu Integration, Inklusion, Zusammenleben und Quartiersentwicklung diskutiert werden. Die Entscheidung, die Nachbarschaften im Rahmen der Diskussion gesellschaftlicher Entwicklungen stärker einzubeziehen und vor Ort zu fördern, ist nicht ganz neu, sie entspringt dem Ansatz des Community Organizing (1): Die Beteiligten erleben hierbei Gemeinschaftlichkeit in einem für sie überschaubaren Rahmen, ihrem angestammten Stadtteil und Quartier.

Aufsuchend und überschaubar

Die Bereitschaft, sich im eigenen Quartier und für die eigene Nachbarschaft zu engagieren, ist oftmals um ein Vielfaches höher, als sich beispielsweise bei komplexen Stadtentwicklungsprozessen einzubringen (2). Für eine aufsuchende Beteiligung ist zentral, dass Verwaltung und Politik zu den Menschen kommen. Die Bewohner/innen im Quartier müssen nicht den Schritt in den öffentlichen Raum gehen, sondern das »öffentliche Interesse« kommt zu ihnen, in ihre vertraute Umgebung. Bei manchen Projekten, wie etwa beim Stuttgarter Projekt »Salz & Suppe« (3), sogar direkt in ihre Wohnzimmer.

Der aufsuchende Ansatz ist geprägt von Wertschätzung, Vertrautheit und gemeinsamem Handeln. Die aufsuchende Beteiligung sollte deshalb an Orten im Stadtteil stattfinden, die den Menschen überwiegend bekannt und überschaubar sind. Es geht darum, Vertrautheit herzustellen und das Öffentliche und das Persönliche zusammenzubringen. Gut geeignet sind dafür Mehrgenerationenhäuser, Stadtteilzentren, auch Schulen oder Kindergärten. Persönliche Bezüge zu den Räumen sind immer hilfreich.

In diesem Setting wechseln die Bewohner/innen ihre Rollen. Sie werden von Zuhörer/innen oder Bittsteller/innen zu Akteuren und sogar zu Gastgeber/innen für gute Gespräche, bei denen das gegenseitige Zuhören im Mittelpunkt steht. Deshalb sind Orte mit Wohnzimmercharakter oder öffentliche Orte mit hohem Vertrautheitspotential und Wohlfühlfaktor eine wichtige Voraussetzung für die aufsuchende Beteiligung.

Die Beteiligung »über den Gartenzaun« ist eine kleinräumige Beteiligung in der Nachbarschaft in einem eigens definierten Sozialraum. Sie kann gesamtstädtische Planungsprozesse zum Thema machen, genauso wie Themen des Zusammenlebens. Sie hilft, das politische Vorhaben »Politik geht vor Ort und hört zu!« durch aufsuchende Beteiligung in einem passenden Format kommunal zu unterstützen.

Zur Einordnung

Das Land Baden-Württemberg hat 2017 die drei Städte Freiburg, Mannheim und Pforzheim als Modellstandorte ausgewählt, um mit ihnen beispielhaft eine neue Art von Dialogen durchzuführen. Ziel war es, für zufällig ausgewählte und bereits engagierte Bürgerinnen und Bürger neue Möglichkeiten zu schaffen, sich an der aktiven Gestaltung des Zusammenlebens in ihrem jeweiligen Stadtteil – also dem unmittelbaren Lebensumfeld – zu beteiligen (4). Besonders sollten diejenigen eine Stimme bekommen, die bislang nicht gehört und erreicht wurden. Als Fundament für diese Dialoge dient das Prinzip des Zuhörens und Gehörtwerdens. Neu daran ist, dass die Menschen der vermeintlich unnahbaren Politik und Verwaltung in ihrem direkten Lebensumfeld und ihren Nachbarschaften im kleinen Kreis begegnen können und eben nicht erwartet wird, dass sie dafür zu zentralen und großen Veranstaltungen gehen. Aus diesem Gedanken heraus sind die Nachbarschaftsgespräche entstanden.

Vorausgegangen sind diesem neuen Beteiligungsformat insgesamt 54 Kommunale Flüchtlingsdialoge, zu denen zwischen April 2016 und Juni 2017 im ganzen Land eingeladen wurde (5). Die Intention war, auf die Ankunft und Integration von Geflüchteten partizipativ zu reagieren. Sprich: Alle beim Integrationsprozess relevanten Akteure sollen an der großen gesellschaftlichen Aufgabe der Integration beteiligt werden und die Möglichkeit haben, ihre Meinung zu vertreten.

Wie wichtig es ist, eine solche Gesprächsplattform zu schaffen, spiegelt sich in der zentralen Erkenntnis der Kommunalen Flüchtlingsdialoge wider: Die Dialoge wurden im Kreis der ehrenamtlich Engagierten als große Wertschätzung und wichtiges Instrument für die eigene Standortbestimmung empfunden (6). Der anfangs beschriebene Anspruch, auch Menschen mit Sorgen und Ängsten zu beteiligen, konnte auf diesem Weg allerdings nur teilweise erreicht werden.

Aufgrund dieser Erfahrung wurde als Weiterentwicklung das Format »Nachbarschaftsgespräche: Zusammenleben – aber wie?« entwickelt, um im Rahmen eines aufsuchenden und kleinräumigen Beteiligungsformats auch jene Menschen in den Stadtteilen zu erreichen, die außerhalb des Radars der Politik liegen. Um diese zu erreichen und generell die eher stillen gesellschaftlichen Gruppen zu beteiligen, ist der Titel bzw. die Fragestellung für das Beteiligungsformat zentral. Die Kommunikationswissenschaft spricht vom Framing, also vom bildbeschreibenden Rahmen für ein Vorhaben. So kamen wir auf die Bilder der Nachbarschaft, statt dem großen Wort des Dialogs nahmen wir die allen bekannten Gespräche, packten das Zusammenleben hinzu, ließen die Frage nach dem »aber wie?« jedoch völlig offen (7). Gute Fragestellungen sind ein zentraler Schlüssel für das Gelingen von Beteiligung. Hinzu kommt, dass ein solcher Rahmen erlebbar gestaltet wird und hin zu den Menschen geht und zu ihnen gebracht wird.

Wenn das Wohnzimmer zum sozialen Raum wird

Bei den vielfältigen Maßnahmen zur Stärkung der Beteiligung blieb immer wieder die Frage offen: Wie erreichen wir die eher stillen gesellschaftlichen Gruppen? Eigentlich gibt es die stillen Gruppen gar nicht, denn man kann nicht nicht kommunizieren, das haben wir von Paul Watzlawick gelernt (8). Ergo sind bestimmte Bürgergruppen nicht still, sondern es fehlt ihnen ganz einfach an geeigneten Resonanz-

räumen, in denen sie Gehör finden. Das war die Initialzündung dafür, dass die Stabsstelle der Staatsrätin einen anderen Ansatz der Beteiligung vollzog: Weg von großen zentralen Hallenveranstaltungen und hin zum aufsuchenden Hingehen und zufälligen Einladen der Menschen in Stadtteilen und Quartieren. Der Trend dazu kommt nicht in erster Linie aus der Bürgerbeteiligung, sondern aus ganz unterschiedlichen Alltagsansätzen aus Kultur und der Nachbarschaft selbst. Was ist das Besondere daran, wenn das Theater Lindenhof partizipative Stücke ins heimische Wohnzimmer bringt, wenn engagierte Landfrauen beim Projekt solidarische Landwirtschaft und gemeinschaftliche Gemüswerkstätten in den heimischen Küchen betreiben und wenn Stadtplanung fast nebenbei beim gemeinsamen Kochen stattfindet? Dann entstehen da, in den heimischen vier Wänden – fast heimlich, still und leise – bislang ungeahnte soziale Räume. Es entsteht eine neue Art von Beteiligung und Engagement, bei dem sich die Menschen das Gemeinschaftliche ins Private holen und die Wohnzimmer zum sozialen Raum werden.

Das Stuttgarter Projekt »Salz & Suppe« verfolgte einen ebensolchen Ansatz (9): Deutlich wurde hier, dass eine aufsuchende Beteiligung sinnvoll ist, die zu den Menschen geht, in ihre Lebensräume, ihre Sozialräume. Das können neben Mehrgenerationenhäusern und Stadtteilzentren eben auch Wohnzimmer sein. Dort lässt es sich vorzüglich miteinander reden. Aber nicht nur das: Zum gemeinsamen Reden kommt das gemeinsame Tun, im Fall von »Salz & Suppe« eben das gemeinschaftliche Schnip-peln, Kochen und Essen. In diesem Falle wird aus dem Reden, Partizipation im Sinne von Mitwirkung. So wird aus dem Reden Handeln und es entsteht eine gute Beziehungsebene.

Mit der Zufallsauswahl stille Gruppen erreichen

Vor diesem Hintergrund ist auch das Format »Nachbarschaftsgespräche« aufsuchend, sozialraum- und quartiersbezogen sowie gemeinschaftsorientiert. In Pforzheim und den beiden anderen Modellstandorten Mannheim und Freiburg wurde auf unterschiedliche Weise das Prinzip der Zufallsauswahl angewandt. Das bedeutet, dass die Beteiligung von sogenannten »stillen Gruppen« systematisch organisiert wird.

Das Prinzip der Zufallsauswahl bringt dabei gleich mehrere Vorteile mit sich (10):

- Es sorgt für Unabhängigkeit und Neutralität bei den Gesprächen.
- Es garantiert Chancengleichheit.
- Es schränkt die Selbstselektion ein und schafft Vielfalt.
- Es fördert die Generierung eines Querschnitts der Bewohner/innen / Bevölkerung / Gesellschaft und minimiert somit Partikularinteressen.
- Die Tonalität in den Gruppen ist überwiegend sachlich, lebhaft, kooperativ und ideenreich.

Bürger, nicht Bittsteller

In Pforzheim wurden durch das Meldeamt der Stadt aus dem Einwohnermelderegister jeweils 200 Einwohner/innen aus vier Stadtteilen per Zufallsauswahl ausgewählt und mit einer wertschätzenden Einladung der Bürgermeisterin angeschrieben. Es meldeten sich pro Stadtteil zwischen 10 und 15 Personen für die Treffen zurück. Unterstützt wurden die Gruppen von den Mitarbeiter/innen der Stadtteilzentren, der Anlaufstelle für Bürgerschaftliches Engagement der Kommune und der Stabsstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung der Landesregierung (11).

Aufsuchende Beteiligung bedeutet hier, dass Verwaltung und Politik zu den Bürger/innen kommen und sie danach fragen, was für ein gutes Zusammenleben im Quartier bzw. in den Stadtteilen benötigt wird. Die Feinheit besteht darin, dass die klassische Rolle der Bürger/innen als Bittsteller (»Ich muss zu Verwaltung und Politik hin.«), aufgelöst und umgekehrt wird. Dass in den Stadtteilen, Quartierssozialarbeiter/innen vor Ort sind und sich um sie kümmern, das ist bekannt. Neu hingegen war, dass die Verwaltung und/oder die Politik zu ihnen kommt, mit ihnen das Gespräch sucht, ihnen zuhört, Projekte und Themen weiterverfolgt und schließlich Antworten auf ihre Fragen gibt.



Foto 1: Veranstaltung in Pforzheim, © Staatsministerium Baden-Württemberg

Genau dieses Vorgehen – das Umkehren der Rollen – ist neu und trifft den Nerv: »Niemand hört uns zu und keiner interessiert sich für mich«. Dieser Rollenwechsel braucht eine reflexive und aufgeschlossene Verwaltungsspitze und Politik. Und zur Umsetzung braucht es aufgeschlossene, engagierte Kolleg/innen in den Verwaltungen, Mehrgenerationenhäusern und Stadtteilzentren, die bereit sind, einen solchen Beteiligungsprozess zu ihrer Sache zu machen und dadurch auch neue, unbekannte Wege zu

gehen. Zum Beispiel, was es heißt, den klassischen Helferweg und den gewohnten Rahmen zu erweitern und mit einer neuen Zielgruppe zu arbeiten, also den zufällig ausgewählten Bürger/innen.

Verantwortlichkeiten und Prozess definieren

Zur Entwicklung eines neuen Formats für die Arbeit mit Zufallsbürger/innen in Nachbarschaftsgruppen wird das Wissen von einem Team aus Haupt- und Ehrenamtlichen benötigt. Die Mischung macht's und es gilt die Formel: So viel Hilfe wie nötig, so wenig wie möglich. Dies gilt insbesondere für die Organisation und Moderation der Stadtteilgruppen. In Pforzheim wurde der Prozess professionell mit einem externen Büro angestoßen, dann aber rasch in die Hände der Bürger/innen in Zusammenarbeit mit den Hauptamtlichen aus Stadtteilzentren und Stadtverwaltung gelegt. So wird Selbstwirksamkeit erzeugt, die auch über den zeitlichen Rahmen der Nachbarschaftsgespräche hinaus wirkt.



Foto 2: Veranstaltung in der Weststadt, © Staatsministerium Baden-Württemberg

Der Prozess braucht von Beginn an eine kontinuierliche Kommunikation zwischen den Beteiligten, als »Scharnier« innerhalb der Nachbarschaftsgruppen und zwischen Nachbarschaftsgruppen und der Kommune/dem Land. In allen drei Kommunen wurden Schlüsselpersonen aus der Verwaltung und den ausgewählten Stadtteilen identifiziert und als Projektverantwortliche definiert. Darüber hinaus wurden für die operative Arbeit als strategisches Instrument an jenem Standort Begleitgruppen für die Prozesse initiiert. In den Begleitgruppen arbeiten lokale Akteure am Verfahren, jedoch nicht an den Inhalten mit. Somit ist gewährleistet, dass Akteure vor Ort in den Prozess von Beginn an eingebunden sind.

Das Antwortformat

Wie alle Bürgerbeteiligungsprozesse sind die Nachbarschaftsgespräche kein Wunschkonzert, bei dem alle Vorschläge und Ideen der Bürger/innen eins zu eins umgesetzt werden können. Worauf die Beteiligten aber ein Recht haben ist, dass sie Antworten auf ihre Fragen und Anliegen erhalten. Mit dem Beteiligungsprozess insbesondere in Pforzheim ist es sehr eindrücklich gelungen, eine Antwortfähigkeit der Verwaltung zu entwickeln, ob auf kommunaler Ebene oder auf Landesseite. Das bedeutet, dass es von der Verwaltung und Politik zeitnah eine qualitative und passgenaue Antwort gibt, ob zustimmend oder ablehnend.

Erkenntnisse und Ausblick

Vier zentrale Erkenntnisse lassen sich aus dem Verlauf und der Bewertung der Nachbarschaftsgespräche ziehen:

Schnelle Antwort

Die Etablierung der Nachbarschaftsgespräche war eine extrem schnelle Reaktion auf die Frage, ob es der klassischen Landespolitik und Kommunalpolitik angesichts des Stimmenanteils populistischer Parteien gelingt, die Bürger/innen insbesondere in Gebieten mit starken Abgrenzungstendenzen und/oder einer sehr geringen Wahlbeteiligung noch zu erreichen. Beispielsweise wurden Stadtteile ausgewählt, die bei der OB-Wahl eine Wahlbeteiligung von unter 15 Prozent hatten.

Fazit: Ja, die Landes- und Kommunalpolitik kann die Bürger/innen mit einem geeigneten Format erreichen.

Direkter Kontakt zur Kommunal- und Landespolitik

Ob Verkehr, innere Sicherheit, Kinderbetreuung, öffentlicher Nahverkehr, Sport oder Bäder: Die Teilnehmenden hatten die Gelegenheit, in einer Runde mit Vertreter/innen des Landes und der Kommune innerhalb der Nachbarschaftsgruppen sowie anschließend in mehreren Runden an verschiedenen Thementischen mit den Fachexpert/innen und Amtsleitungen direkt in den Dialog zu treten um die erarbeiteten Themen und Fragen an die Expert/innen zu stellen und Antworten von ihnen zu erhalten. Hierbei sind intensive Arbeitsgespräche zustande gekommen. Der Austausch und das Verständnis zwischen Bürger/innen und der Verwaltung wurden sichtbar gestärkt, denn die Verwaltung war nicht anonym, sondern durch dort arbeitende Mitarbeiter/innen nahe an den Menschen und deren Problemen.

Fazit: Es zeigte sich, dass es oft die kleinen, alltäglichen Belange sind, die bei den Bürger/innen Unmut aufkommen lassen. Das Zauberwort heißt hier »quick wins«, also rasche Abhilfe für die defekte Kinderschaukel, den übervollen Mülleimer oder die kaputte Parkbank. Die Zufriedenheit mit der Politik und der Verwaltung entsteht im Kleinen, bei der Lösung von alltäglichen Problemen.

Andere Agenda

Durch das Prinzip der Zufallsbürger/innen kann eine ganz andere politische Agenda entstehen. Es wurde deutlich, dass die Tonalität auch zu schwierigen Themen viel moderater war. Die herkömmliche Politik reagiert dagegen in der Regel auf die eher männlichen und härteren Themen der lauten Lobbystimmen. Das sollte uns nachdenklich stimmen.

Fazit: Bürger/innen brauchen die für sie entsprechenden Formate, um ihre Themen bei der Verwaltung und Politik einzubringen.

Gehört werden

Was waren die Kernforderungen an die Landespolitik? Das Kümmern, das »Sich-Sorgen-um-uns«, kurz: das »Gehört werden«. Unsere Erfahrungen zeigen, dass die wenigsten Bürgerinnen und Bürger

»Heilsbringer« oder fertige Konzepte erwarten. Daraus kann man auch schließen, dass die Landespolitik viele Bürger/innen mit dem Idealbild des/der handlungsstarken, entschlossfreudigen Politiker/in, der/die mit Programmen die Antwort auf alle noch nicht gestellten Fragen hat, nicht im gewünschten Maß erreicht.

Fazit: Bürger/innen brauchen eine andere Form der politischen Kommunikation. Das gilt insbesondere für die Bürger/innen unterhalb des »politischen Radars«. Sie brauchen den Glauben, dass die Politik sie wahrnimmt. Dies kann nur im Kleinen vor Ort passieren und wird beispielsweise nicht durch eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten erreicht – schon gar nicht in politikfernen Milieus (12).

Ausblick

Die Nachbarschaftsgespräche zeigen, dass die direkte Kommunikation zwischen Bürger/innen, Verwaltung und Politik mittels der Zufallsauswahl mit sehr guten Ergebnissen gelingen kann. Durch die neue Struktur wird die Gemeinwesenarbeit mit einer neuen Methode sinnvoll ergänzt und bringt einen Mehrwert für alle Beteiligten. Insbesondere werden Bürger/innen, die über die klassischen Ansätze nicht erreicht werden, aktiviert, gehört, eingebunden und können gezielt unterstützt werden, um sich weiter zu engagieren. Beispielsweise wurde in Pforzheim zum Ausbau der bürgerschaftlichen Kultur im Anschluss an die Nachbarschaftsgespräche ein erster Bürgermentorenkurs durchgeführt, bei dem sich einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Rahmen von Fortbildungen zu Bürgermentoren qualifiziert und die Kenntnisse für ihre Projekte vertieft haben. Bürgermentoren werden in Baden Württemberg dafür ausgebildet, Prozesse und Projekte als Bürger/innen zu begleiten. Sie fungieren als »Brückenbauer«, bringen Bürger/innen und Institutionen zusammen, und setzen sich für die Vernetzung der ehrenamtlich Engagierten sowie verbesserte Rahmenbedingungen ein. Darüber hinaus wurden die Stadtteilgruppen vom Land und der Kommune begleitet und unterstützt, um ihre Themen an der geeigneten Stelle zu platzieren und ihre Vorhaben umzusetzen. Die positiven Erfahrungen führten dazu, dass Nachbarschaftsgespräche in Baden Württemberg als ein flächendeckendes Förderprogramm auf den Weg gebracht wurden. Es beteiligen sich aktuell 20 Kommunen daran, mit steigender Tendenz (13).

Anmerkungen

Weitere Informationen zu den Nachbarschaftsgesprächen finden sie unter: <https://allianz-fuer-beteiligung.de/index.php?id=1267>

(1) Silvio Markewitz: <http://www.stadtteilarbeit.de/themen/theorie-stadtteilarbeit/lp-stadtteilarbeit/90-community-organizing-lp.html>

(2) Frank Brettschneider: Heimat, Nachbarschaft und Engagement, in: Nachbarschaftsgespräche – Zusammenleben - aber wie?, Stadt Pforzheim und Staatsministerium Baden Württemberg, November 2017, S. 38.

(3) Landeshauptstadt Stuttgart (Hg.): Salz & Suppe. Kann man beim Essen die Stadt verbessern?, kraemer Verlag, Stuttgart & Zürich 2017, S. 13.

- (4) Winfried Kretschmann: Die Leisen kann man besser hören. Interview in: Nachbarschaftsgespräche: Zusammenleben – aber wie?, Stadt Pforzheim, Staatsministerium Baden Württemberg November 2017, S. 28 ff.
- (5) Vgl. <https://www.fluechtlingsdialoge.de/de/startseite/>
- (6) Frank Brettschneider: Kommunale Flüchtlingsdialoge in Baden Württemberg, Bertelsmann Stiftung, April 2018.
- (7) Amelia Funke/ Axel Rachow: Die Fragen-Kollektion., managerSeminare Verlags GmbH, Edition Training aktuell, 2016.
- (8) Paul Watzlawick: Man kann nicht nicht kommunizieren, Hogrefe Verlag, Bern 2016, S. 13 ff.
- (9) Landeshauptstadt Stuttgart (Hg.): Salz & Suppe. Kann man beim Essen die Stadt verbessern?, kramer Verlag, Stuttgart & Zürich, S. 8 ff.
- (10) Allianz Vielfältige Demokratie: Bürgerbeteiligung mit Zufallsauswahl. Das Zufallsprinzip als Garant einer vielfältigen demokratischen Beteiligung: ein Leitfaden für die Praxis., Bertelsmann, Gütersloh 2017.
- (11) Die Baden-Württembergische Landesregierung hat in den vergangenen sechs Jahren konsequent die Politik des Gehörtwerdens auf den Weg gebracht. Gelungen ist dies in erster Linie dadurch, dass mit der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, Gisela Erler, ein Regierungsmitglied vom Ministerpräsidenten mit der Thematik betraut wurde. Ein ganzer Werkzeugkasten voll Instrumenten wurde geschaffen. Ein interaktives Beteiligungsportal, ein Leitfaden für eine neue Planungskultur, die Allianz für Beteiligung als Vernetzungsinstanz zur Zivilgesellschaft, ein Handbuch und ein Guide für die Arbeit mit Geflüchteten und die Kommunalen Flüchtlingsdialoge. Aktuell finden Bürgerdialoge zu Europa und dem Thema »Mobilität« statt. Gemeinsam mit dem Sozialministerium und der Allianz für Beteiligung werden die hier beschriebenen Nachbarschaftsgespräche seit April 2018, mit dem Fokus auf aufsuchende, aktivierende Beteiligung in besonderen Quartieren, im ganzen Land umgesetzt.
- (12) Vgl. Ulrich Arndt: Die Bürgerbeteiligung im Allgemeinen Verwaltungsrecht, In: DVBI 1/2015, S.9 / Ulrich Arndt: Werkstattbericht Bürgerbeteiligung. In: VB/BW Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg 6/2017, S.245. / Ulrich Arndt: Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung durch den Bundestag. In: ZRP Zeitschrift für Rechtspolitik 6/2018, S.180.
- (13) Umgesetzt werden diese von der Allianz für Beteiligung e.V.

Literatur

- Arndt, Ulrich: Werkstattbericht Bürgerbeteiligung. In: VB/BW Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg 6/2017.
- Arndt, Ulrich : Die Bürgerbeteiligung im allgemeinen Verwaltungsrecht. In: DVBI Deutsches Verwaltungsblatt 1/2015.

- Arndt, Ulrich: Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung durch den Bundestag. In: ZRP Zeitschrift für Rechtspolitik 6/2018.
- Bertelsmann Stiftung: Bürgerbeteiligung mit Zufallsauswahl. Das Zufallsprinzip als Garant einer vielfältigen demokratischen Beteiligung: ein Leitfaden für die Praxis. Allianz Vielfältige Demokratie, Bertelsmann Gütersloh 2017.
- Brettschneider, Frank: Heimat, Nachbarschaft und Engagement. In: Nachbarschaftsgespräche: Zusammenleben – aber wie? Stadt Pforzheim und Staatsministerium Baden Württemberg, November 2017.
- Brettschneider, Frank : Kommunale Flüchtlingsdialoge in Baden Württemberg, Bertelsmann Stiftung, April 2018, unter <https://www.fluechtlingsdialoge.de/de/startseite/> [zuletzt eingesehen am 25.09.2018].
- Funke, Amelia/Rachow, Axel: Die Fragen-Kollektion, managerSeminare Verlags GmbH, Edition Training aktuell, 2016.
- Kretschmann, Winfried: Die Leisen kann man besser hören. Interview in: Nachbarschaftsgespräche: Zusammenleben – aber wie?, Stadt Pforzheim, Staatsministerium Baden Württemberg, November 2017.
- Markewitz, Silvio: unter <http://www.stadtteilarbeit.de/themen/theorie-stadtteilarbeit/lp-stadtteilarbeit/90-comunity-organizing-lp.html> [zuletzt eingesehen am 25.09.2018].
- Landeshauptstadt Stuttgart (Hg.): Salz & Suppe. Kann man beim Essen die Stadt verbessern?, kraemer Verlag, Stuttgart & Zürich, 2017.
- Watzlawick, Paul: Man kann nicht nicht kommunizieren, Hogrefe Verlag, Bern 2016.

Autor/innen

Scholastika Sandra Hansen, war bis März 2018 Beauftragte für Internationales, Migration und Bürgerengagement der Stadt Pforzheim (momentan in Elternzeit).

Hannes Wezel, ist Referent in der Stabsstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung am Staatsministerium Baden-Württemberg.

Kontakt

E-Mail: scholastika.dienger@gmail.com E-Mail: hannes.wezel@stm.bwl.de, hannes.wezel@gmail.com

Redaktion eNewsletter

Netzwerk Bürgerbeteiligung • c/o Stiftung Mitarbeit
Ellerstraße 67 • 53119 Bonn
E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de